

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1947

8 (20.2.1947)

BADISCHE Volksstimme

WOCHENBLATT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / LANDESBEZIRK BADEN

Jahrgang 2, Nr. 8

Mannheim, 20. Februar 1947

Preis 10 Pfg.

Vor der Moskauer Friedenskonferenz

Einheitliches demokratisches Deutschland oder Zersplitterung?

Die Vorbesprechungen in London über das Schicksal Deutschlands sind in vollem Gange und die Moskauer Konferenz, auf die das ganze deutsche Volk wartet, steht vor der Tür. Das deutsche Volk will wissen, woran es ist. Es will, daß der gegenwärtige Zustand der Regierungs- und Gesetzlosigkeit ein Ende findet, daß Deutschlands Grenzen festgelegt und die Höhe der zu leistenden Wiedergutmachung bestimmt werden.

Die Regierungen der verschiedensten Staaten haben durch ihre Vertreter ihre Ansichten und Forderungen hinsichtlich der Zukunft Deutschlands dargelegt. Voll Hoffnung hat das deutsche Volk vernommen, daß eine Reihe von Staaten, wie Polen, die Tschechoslowakei, Jugoslawien, Weißrußland, die Ukraine und an ihrer Spitze die Sowjetunion eindeutig zu verstehen gaben, daß sie sich für die Schaffung eines deutschen Einheitsstaates, für die baldige Bildung einer deutschen Zentralregierung einsetzen, die den künftigen Friedensvertrag unterzeichnen soll.

Die Stellungnahme der Regierungen einiger anderer Länder jedoch erweckte in vieler Hinsicht das Befremden und die Besorgnis aller fortschrittlichen Deutschen und es ist notwendig, daß von deutscher Seite gegen diese Absichten Einspruch erhoben wird.

Eine ganze Gruppe von Staaten lehnt die Bildung einer zentralen deutschen Regierung ab und setzt sich für einen föderativen Staatsaufbau in Deutschland ein. Hierzu gehören die englischen Dominien, wie Südafrika, Kanada und ebenso Belgien, Norwegen, Dänemark und das halbfaschistische Griechenland.

Die australische Regierung ist der Meinung, Deutschland solle für einige Jahre überhaupt keine Regierung haben, denn „die Deutschen seien unfähig zur Selbstregierung“.

Der holländische Vertreter forderte beharrlich eine Dezentralisierung und ging sogar so weit, zu verlangen, daß Deutschland auch in Zukunft seine bundesstaatliche Verfassung nicht ändern dürfe.

Auch Frankreich legte sich eindeutig für einen föderalistischen Staatsaufbau fest. „Deutschland soll ein Verband von einander getrennter deutscher Staaten werden, in welchem die Hauptbefugnisse den einzelnen Staaten zugewiesen werden“, heißt es in der französischen Note, die in ihren Einzelheiten den Eindruck erweckt, als wolle Frankreich die deutsche Verfassung in Paris ausgearbeitet sehen.

England und Amerika setzen sich ebenfalls für eine föderalistische Lösung ein. Beide halten die rasche Bildung einer deutschen Regierung nicht für erforderlich und wollen Deutschland als einen Bundesstaat aufgebaut sehen.

All diese Erklärungen und Forderungen sind in der Geschichte des Völkerrechts einzigartig und stellen ein Novum dar. Das faschistische Deutschland hat einen entsetzlichen Krieg über die Menschheit gebracht und in allen von Deutschland besetzten Ländern ungeheuerliche Verbrechen begangen. Wir verstehen es daher vollkommen, daß diese Länder von Deutschland Wiedergutmachung fordern. Daß aber eine Reihe von Mächten sich in die inneren Verhältnisse des besiegten Deutschland einmischen und bis in alle Einzelheiten den staatlichen Aufbau, Verfassungsfragen und innere Angelegenheiten festlegen, ist ein in der Geschichte der Menschheit nie dagewesener Fall. Daß eine Reihe von Mächten derartige Versuche unternehmen, ausgesprochene interne Angelegenheiten des deutschen Volkes von außen zu diktieren, ist umso verwunderlicher, als alle erwähnten Mächte zu den Unterzeichnern der Atlantik-Charta gehören, die bekanntlich das Selbstbestimmungsrecht aller Nationen der Sieger wie der Besiegten, festlegt.

Darüber hinaus hat die deutsche Geschichte eindeutig bewiesen, daß die Zerstückerung Deutschlands, seine Aufteilung in zahlreiche selbständige Staaten seine Nachbarn noch nie vor Aggression und Krieg geschützt hat. Das hat beispielsweise Frankreich im Jahre 1870 bitter genug am eigenen Leibe erfahren.

Es kann nur eine Sicherung gegen ein Wiederaufkommen des deutschen Aggressionsgeistes geben: die restlose Entmilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands. Ist diese durchgeführt, ist den demokratischen Kräften in Deutschland die Möglichkeit gegeben, sich durchzusetzen. Sind die

Kriegsgewinnler von gestern und Kriegsinteressenten von morgen ihrer Machtstellungen entkleidet, dann besteht in der Tat nicht der geringste Grund, mit Gewalt zu zerreißen, was durch die geschichtliche Entwicklung, die wirtschaftliche Notwendigkeit und die kulturelle Gemeinsamkeit zusammengehört. Aus dieser Erkenntnis heraus führt die KPD ihren Kampf für ein einheitliches demokratisches Deutschland.

Sie anerkennt das volle Recht der Länder auf eine ihren Eigenheiten entsprechende freie Entwicklung. Aber sie fordert, daß die Länder Glieder eines Ganzen seien, Glieder der einheitlichen deutschen Republik. Sie ist gegen die Loslösung und „Selbständigmachung“ der Länder, weil dabei den Kräften der Vergangenheit, den Interessenten eines neuen Krieges die Möglichkeit gegeben wäre, in den einzelnen Ländern Unterschlupf zu finden, weil eine solche Lösung diesen Kräften ihr schändliches Spiel erleichtern würde, ein Spiel, das nicht nur die demokratische Entwicklung Deutschlands, sondern gleichzeitig auch den Weltfrieden gefährden würde.

Wir glauben, daß diese Gefahr stärker an die Vernunft der friedliebenden Nationen appellieren wird, als das Streben gewisser kapitalistischer Kreise, Deutschland zu einem Objekt der wirtschaftlichen Ausbeutung und der machtpolitischen Pläne dieser Kreise zu machen. Denn diesem Streben, nicht dem Wunsch der friedliebenden Nationen nach Sicherheit, entspringt die Forderung der Föderalisierung Deutschlands.

Kriegsgelangene aus Rußland grüßen uns!

Aus der Sowjetunion geht uns folgender Gruß zu: „Die Antifaschisten aus dem Lager 379/46 grüßen aus russischer Gefangenschaft ihre Heimat und ihre Angehörigen aus Mannheim und Umgebung:

Hans Schreck, Neuluthelm,
Fritz Aichholz, Mannheim,
Julius Bernauer, Mannheim,
Heinrich Peppel, Weinheim/Bergstraße,
Rudolf Steinmann, Walldorf,
Willy Rebmann, Schwetzingen.“

Die „Badische Volksstimme“ erwidert die Grüße auf das herzlichste und spricht die Hoffnung aus, daß alle Kriegsgelangenen recht bald zurückkehren werden, um mitzuwirken im Kampf um die demokratische Erneuerung Deutschlands.

Alle unsere Freunde und Leser fordern wir auf, für ihre noch in Kriegsgefangenschaft befindlichen Angehörigen die „Badische Volksstimme“ zu abonnieren und uns deren genaue Anschrift mitzuteilen.

Forderungen verschleiern Tatsachen

England wird auf der am 10. März beginnenden Moskauer Konferenz, einer Meldung zufolge, eine Erhöhung der deutschen Stahlerzeugung fordern, für welche der Kontrollrat eine Kapazität von 7,5 Mill. t und eine tatsächliche Jahreserzeugung von 5,8 Mill. t festgelegt hat. Im Jahre 1946 betrug aber die wirkliche Erzeugung 2,3 Mill. t, also nicht einmal die Hälfte dessen, was zugestanden wurde.

Die deutsche Stahlerzeugung zeigt eine ständig fallende Tendenz. Warum also, trotz der ständigen rückläufigen Bewegung, die Forderung nach einer Heraufsetzung der Quote für die Stahlproduktion?

Bis jetzt hat sich doch die vom Kontrollrat festgelegte Erzeugungsquote noch nicht hemmend auf die Stahlproduktion ausgewirkt. Nur rund 30 Prozent der festgelegten Quote beträgt die wirkliche Stahlerzeugung, und zudem zeigt sie noch eine rückläufige Tendenz.

Will man durch die angekündigte Forderung etwa den Eindruck der wirklichen, unter der Quote liegenden rückläufigen Produktionszahlen verwischen und durch das Trugbild einer scheinbaren Aufwärtsentwicklung ersetzen?

Als Opfer seid ihr gefallen im Streit

Am 24. Febr. 1943 wurden in Stuttgart durch die Nazis hingerichtet, die Mannheimer Antifaschisten:

Bruno Ruffer aus Mannheim-Waldhof,
Albert Fritz aus Kirchheim,
Ludwig Neuschwander aus Mannheim,
Richard Jazek aus Mannheim-Sandhofen,
Henriette Wagner aus Mannheim.

Sie folgten ihren 14 Freunden und Mitkämpfern, welche am 15. September 1942 ihr Leben ließen. Mit Georg Lechleiter, dem geistigen Haupt einer großen Widerstandsgruppe, hatten sie die Organisation der Kommunistischen Partei weitergeführt und für den Sturz des Nazisystems einen heldenhaften Kampf geführt.

Unzählige Leiden mußten sie während ihrer Haft über sich ergehen lassen, bis der Spruch des Blutgerichts unter Vorsitz des berühmtesten Senatspräsidenten Cuhorst an ihnen vollzogen wurde. Noch hat ihr Tod keine Sühne gefunden.

Die ermordeten Kämpfer gegen den Faschismus waren der Sache des Volkes und der Freiheit bis zum letzten Herzschlag ergeben. Albert Fritz schrieb in seinem letzten Brief:

„Ich werde sterben, wie ich gelebt habe. Mein Tod ist ein Opfertod.“

Und Richard Jazek rief seinem Jungen zu:

„Kämpfe in meinem Sinne trotz allem weiter, der Endsieg wird doch unser sein. Das ist mein letzter Wunsch.“

Das Opfer dieser tapferen Männer und Frauen, die ihr Letztes gaben für die Freiheit unserer Heimat, soll nicht vergeblich sein. Die Werktätigen Mannheims und alle fortschrittlich und freiheitlich gesinnten Menschen geloben, in ihrem Gedenken, in ihrem Geist weiterzukämpfen und nicht zu ruhen und zu rasten, bis erfüllt ist, wofür sie kämpften und starben, bis der große Weg frei vor uns liegt, den sie gebahnt haben, aus der unsäglichen Not und den Trümmern der Gegenwart in eine hellere, freiheitliche Zukunft unseres Volkes!

Das Leben wird billiger

So behauptete es wenigstens ein Rundschreiben Nr. 103 des Verwaltungsamtes für Wirtschaft des amerikanischen und britischen Besatzungsgebietes in Mindern, das an alle möglichen Stellen versandt wurde. In diesem von einem Professor Rittershausen unterzeichneten Dokument heißt es:

„Ich weise auf die erneute Senkung der Ernährungs- und Gesamtlebenshaltungskosten hin. Damit hat sich diese seit Juli/August dieses Jahres andauernde Tendenz der Senkung der Ernährungs- und Gesamtlebenshaltungskosten auch im Oktober fortgesetzt.“

Es empfiehlt sich, auf diese bemerkenswerte Entwicklung in Presse, bei Besprechungen und sonst sich bietenden Gelegenheiten hinzuweisen.“

Ganz im Widerspruch zu den Ergebnissen der ersprießlichen Tätigkeit des Herrn Professors und seines Amtes sind aber auch die amtlichen Berechnungen des Arbeitsministeriums Württemberg-Baden und der Gewerkschaften. Selbst nach vorsichtigsten Angaben sind die Gesamtlebenshaltungskosten heute um rund 10 Prozent höher als vor einem Jahr, und um rund 30 Prozent höher als im Jahre 1938.

Die Lohn- und Preisstop-Bestimmungen haben also die Preissteigerungen nicht verhindert. Dagegen haben diese Stopbestimmungen, was die Löhne anbelangt, tadellos funktioniert und jegliche Lohn-erhöhung unterbunden. Hinzu kommt noch, daß höchstens die Hälfte der Betriebe noch eine Arbeitszeit von 48 Wochenstunden aufzuweisen haben, so daß das Wocheneinkommen einer Arbeiterfamilie noch geringer geworden ist.

Nach einer neuerlichen Untersuchung in einem Metallbetrieb unseres Gebietes haben rund 30 Prozent der Arbeiter und Angestellten nicht mehr als RM 100,— und rund 70 Prozent nicht mehr als RM 150,— netto Verdienst im Monat. Die Lebenshaltungskosten einer vierköpfigen Familie (2 Erwachsene, 2 Kinder von 6—10 Jahren) dagegen wurden bereits vor einem Jahr mit ca. RM 225,— errechnet. Rechnet man die vorerwähnte Preissteigerung von 14 Prozent hinzu, so zeigt es sich, daß das Einkommen der Mehrzahl der Arbeiter weit unter dem Existenzminimum liegt, das durch die gegenwärtige Ernährungslage an und für sich schon knapp an die Hungergrenze reicht.

Was bezwecken also die amtlichen Entdeckungen des Herrn Professor Rittershausen anders als eine echte Preissenkung vorzutäuschen.

Beamtete „Fachleute“ dieser Art können die Hausfrauen und die werktätige Bevölkerung nicht über die von ihnen selbst hervorgerufene Hunger- und Ernährungsfrage hinwegtäuschen. Die Lebenshaltung des Volkes kann nicht durch unfruchtbare Statistiken gebessert werden, sondern nur durch entschiedene demokratische Maßnahmen auf dem Gebiete der Ernährung und Wirtschaft.

99 Jahre „Kommunistisches Manifest“

Vor nahezu 100 Jahren erschien die erste Ausgabe des „Manifests der Kommunistischen Partei“. Am Vorabend der bürgerlich-demokratischen Umwälzung vor 1848 erschienen in London die „Wörter“, das von Marx und Engels als Programm des „Bundes der Kommunisten“ ausgearbeitet wurde, die moderne Arbeiterbewegung ein. Es ist inzwischen in zahlreichen Neuauflagen herausgekommen, es wurde in viele Sprachen übersetzt und ist in unzähligen Exemplaren über die ganze Erde verbreitet.

Es ist tief bedauerlich, daß die Arbeiterschaft und alle fortschrittlich gesinnten Menschen im Westen und Süden Deutschlands nach der zwölfjährigen Nacht der Hitlerherrschaft noch nicht wieder zu diesem Werk greifen können. Während eine Flut von Zeitschriften, Magazinen und sonstigen Publikationen von mehr als zweifelhaftem Wert und Interesse für die Öffentlichkeit, den Markt überschwemmen, sind der entscheidenden demokratischen Kraft in Deutschland der Arbeiterbewegung, alle Hände gebunden und sie ist nicht in der Lage, die Werke der Altmeister des Sozialismus zu studieren.

Gewiß, wir leben in einer anderen Welt und in einem anderen Deutschland als vor 100 Jahren. Die neue Wirklichkeit, die neuen Verhältnisse erfordern neue Mittel zur Verwirklichung der Ziele der Arbeiterbewegung. Aber dennoch haben die großen Grundsätze des Kommunistischen Manifests auch heute noch volle Gültigkeit, wenn auch die Geschichte inzwischen vorwärtsgeschritten ist und nicht mehr als Einzelzüge mit der neuen Wirklichkeit übereinstimmen.

Geblienen ist die grundlegende Erkenntnis, die sich aus der tiefeschürfenden Untersuchung der Wirklichkeit ergab:

„Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen!“

Bleibend ist auch die zwingende Erkenntnis, daß die Arbeiterklasse, das Proletariat, berufen ist, jeglicher Ausbeutung einer Klasse durch eine andere für immer ein Ende zu bereiten und eine neue Welt der klassenlosen Gesellschaft, den Sozialismus, zu schaffen.

Den durchgehenden Grundgedanken, der trotz aller Aenderung der Verhältnisse lebendig bleibt wie je, faßte Friedrich Engels einmal wie folgt zusammen:

„Es ist der Gedanke des Klassenkampfes, der durch die Befreiung des Proletariats zur Befreiung der ganzen Gesellschaft führt.“

Dringender als je rufen heute die Verhältnisse nach einer tiefgreifenden Umgestaltung. „Auf Deutschland richten die Kommunisten ihre Hauptaufmerksamkeit, weil Deutschland am Vorabend einer bürgerlichen Revolution steht“, schrieben Marx und Engels im Kommunistischen Manifest. Was 1848 begonnen und nicht erfüllt, was auch 1918 versäumt wurde, das gilt es heute mit der Beseitigung der Grundlagen des Faschismus und der Reaktion zu vollenden: die bürgerlich-demokratische Umgestaltung Deutschlands.

Das Kommunistische Manifest lehrt „daß der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erhebung der Demokratie ist“. Den ersten Schritt gilt es heute zu tun, den Marx und Engels an die Spitze der „Forderungen der kommunistischen Partei in Deutschland stellten“:

„Ganz Deutschland wird zu einer einzigen, unteilbaren Republik erklärt.“

Die Worte

„Proletariat aller Länder vereinigt euch!“

mit denen das Kommunistische Manifest die Arbeiterklasse auffordert, sich zum Kampf gegen die Kapitalistenklasse zusammenzuschließen, wurden zur Losung der internationalen Arbeiterbewegung. Für die deutsche Arbeiterklasse gilt es, den alten Aufruf des Kommunistischen Manifestes umzuwandeln in die Forderung:

„Arbeiter Deutschlands, vereinigt euch!“

Nach zwölf Jahren der Hitlerherrschaft bleibt uns als erste unabdingbare Aufgabe, die rote Fahne der Arbeitereinheit über ganz Deutschland zu entfalten, in gemeinsamem Handeln der sozialistischen Arbeiter die Einheit der Nation zu schaffen. Und voran auf dem Wege zu einem neuen, sozialistischen Deutschland

... leuchtet uns im alten Geist das heilige Manifest!“

Landeskonzferenz der Betriebsgruppen der KPD
am Sonntag, 23. Februar, in Heidelberg
vormittags 10 Uhr
Lokal „Deutsche Eiche“, Mittegasse
Die Teilnehmer erhalten durch ihre Leitungen besondere Einladung.

Das sind die Männer, die unsere Ernährungswirtschaft lenken!

Dr. Dietrich macht Versprechungen

Monatelang geht nun schon der Kampf um die Beibehaltung der Schwerarbeiterzulagen für Mannheim und Karlsruhe in ihrer früheren Höhe. Die Arbeiterschaft dieser beiden durch den Hitlerkrieg schwer mitgenommenen Städte, ist in einer ganz besonders schweren Notlage, weil Mannheim und Karlsruhe kein agrarisches Hinterland haben. Dadurch ist die Versorgung dieser beiden Industriezentren mit zusätzlichen Nahrungsmitteln, z. B. Gemüse und dergleichen, bisher immer minimal gewesen. Einen geringen Ausgleich bot die etwas günstiger liegende Regelung der Zulagekarten für die arbeitende Bevölkerung. Durch die jetzt erfolgte Regelung wurden für einen erheblichen Teil der Arbeiterschaft Kürzungen vorgenommen.

Die Kommunistische Partei hat alles Mögliche getan, um die Beibehaltung der Zulagesätze in der bisherigen Höhe zu erreichen.

Insbesondere haben sich die kommunistischen Abgeordneten von Nordbaden bei allen Regierungsstellen in Stuttgart bemüht. Alle verantwortlichen Regierungsstellen haben auch erklärt, daß die Zulagen für die beiden Städte erhalten bleiben müssen.

Trotz aller Zusagen und Zusicherungen wurden und werden die Zulagen nun doch in den einzelnen Betrieben abgebaut. Wie kommt das?

Wir übergeben nun folgende Tatsachen der Öffentlichkeit:

Am 10. Januar hatten die kommunistischen Abgeordneten Ritter und Boepple eine Unterredung mit dem Präsidenten der Zentralverwaltung für Ernährung und Landwirtschaft, Herrn Dr. Dietrich. Dr. Dietrich versicherte dabei unseren Abgeordneten, daß er alles getan habe, um die Sonderzulage für Mannheim und Karlsruhe zu erhalten. Er sei bereit, die Zulage bis zum Frühjahr weiterzuführen. Das sei jedoch an dem Einspruch der Omgus Berlin (Amerikanische Militärverwaltung) endgültig gescheitert.

Daraufhin haben sich unsere Abgeordneten an den Kommandanten der Besatzungsbehörde von Mannheim, Herrn Oberst Rue, gewandt und ihn gebeten, in der Angelegenheit etwas zu tun. Herr Oberst Rue hat erklärt, daß er sich bei Omgus

Berlin für die Beibehaltung der Zulagen einsetzen werde, wenn er von Herrn Dr. Dietrich die schriftliche Bestätigung erhalte, daß die Lebensmittel für die Weitergewährung der Zulagen vorhanden seien.

Herr Dr. Dietrich hat diese Bestätigung nicht gegeben.

Wie kann Herr Dr. Dietrich erklären, daß er die Zulagen bis zum Frühjahr gewähren will, wenn keine Lebensmittel hierfür vorhanden sind?

Wenn aber die Lebensmittel vorhanden sind, warum hat Herr Dr. Dietrich nicht die verlangte schriftliche Erklärung hierüber gegeben?

Schlange-Schöningen u. der Hunger

Seit Anfang des Jahres ist Herr von Schlange-Schöningen nun auch in Stuttgart. Er hat Hamburg, wo die Bevölkerung ihn für ihr Elend anklagte und immer wieder forderte, daß er zurücktreten solle, verlassen und ist nach Stuttgart als Stellvertreter des Herrn Dr. Dietrich gekommen. Er kam mit seinem 7-Sitzer-Mercedes und brachte sogar die Kartoffeln aus Hamburg mit. Damit er nicht an diejenigen, die in Hamburg den Kältetod starben, erinnert wird, hat man ihm gleich 137 Ztr. Koks für die Dampfheizung zugewiesen.

Aber Herr Schlange-Schöningen hat außer seinem persönlichen Gut noch anderes Gepäck. Schon sind in unserer Zone die Petitionen auf 250 g herabgesetzt worden, und man hat uns angekündigt, daß wir wahrscheinlich demnächst nur noch mit 175 g oder 150 g im Monat auskommen müssen.

Dunkle und kalte Stuben, Massenaussperrungen, Erwerbslosigkeit, Steigen der Krankenziffern Käse- und Milchmangel in Hamburg, Essen und anderen Städten, das ist das Ergebnis einer Ernährungs- und Wirtschaftspolitik für die Männer wie Schlange-Schöningen verantwortlich zeichnen. Es ist die Politik der Junker, die noch auf ihren großen Gütern sitzen, die Politik der Kriegsverbrecher, die in der Industrie maßgebenden Einfluß haben.

Um Dr. Dietrich und von Schlange-Schöningen und ihr System des alten Reichsnährlandes geht es. Dieses System und seine Vertreter müssen verschwinden, wenn die Bevölkerung im Westen und Süden leben und nicht verhungern will.

Diebstähle, Unterschlagungen am laufenden Band

Beim Ernährungsamt Mannheim

Mitten in die Empörung der Mannheimer Bevölkerung über den Diebstahl von 17 000 Lebensmittelmarken in verschiedenen Nebenstellen des Ernährungsamtes Mannheim und über die Unterschlagungen und den schwunghaften Schwarzhandel mit Lebensmittelmarken des Leiters der Markenabrechnungsstelle, Lemmin, kommt jetzt die Nachricht, daß eine neue Unterschlagungs- und Diebstahlsaffäre beim Ernährungsamt aufgedeckt worden ist.

Der Angestellte

Piatzek

vom Ernährungsamt Neckarstadt-Ost wurde verhaftet. Er erwies sich als langjähriger Schwerverbrecher, der noch ein Jahr Zuchthaus zu verbüßen hat. Wegen ausgesprochener krimineller Betätigung war er bereits früher Inhaft eines KZ und benützte dies, um sich unter Vorspiegelung falscher Tatsachen und unter Vorlegung gefälschter Papiere in die Gruppe der politisch Verfolgten einzuschmuggeln, wobei dies noch erleichtert wurde durch die Tatsache, daß es in Mannheim bis vor kurzem als einziger Stadt in ganz Deutschland keine autorisierte Stelle gab, welche die politisch Verfolgten registrierte, ihre Unterlagen prüfte und ihre Interessen wahrnahm.

Auf Grund dieser Tatsache gelangte Piatzek zu seiner bisherigen Stelle beim Ernährungsamt, wo er, dank der dort, wie durch die letzten Ergebnisse bewiesen, recht oberflächlichen Geschäftsführung und äußerst mangelhaften Kontrolle, sein verbrecherisches Treiben ungehemmt und zum Schaden der hungernden Bevölkerung weiterführen konnte.

Man spricht davon, daß im Zusammenhang mit der Verhaftung des Lemmin und des Piatzek noch einige weitere städt. Beamte verhaftet wurden. Diebstähle, Unterschlagungen und übelste Schwarzmarkttäfelchen von Behördenangestellten am laufenden Band! Ein Sumpf, wie er bisher noch nicht da war! Wo solche Vorkommnisse laufend registriert werden müssen, da muß etwas faul sein! Es ist allerhöchste Zeit für eine gründliche Säuberung und Demokratisierung dieser Behörden, die entgegen allen öffentlichen Versicherungen offensichtlich noch keineswegs durchgeführt ist. Fort mit den alten, verfaulten korrupten und zu allem noch bürokratisch überheblichen Kräften. An Stelle der Diener der Reaktion brauchen wir neue, saubere und demokratische Menschen in unseren Verwaltungen. Nur so sichern wir das Leben unseres Volkes und den Aufbau einer demokratischen Ordnung.

Aus aller Welt

- Japanische Arbeiterführer protestieren gegen Streikverbot des Generals Mac Arthur. Sie fordern vom Vorkommando die Prüfung des Antistreikbefehls, sonst würde es zu einer ernstlichen Unterbrechung der Demokratisierung des Landes kommen.
- Geringe Aussichten auf einen Frieden in Indonesien sind laut einer Erklärung des Oberkommandierenden der holländischen Ostindienarmee vorhanden.
- Todesstrafe für Schieber sieht ein Gesetzentwurf der tschechoslowakischen Regierung vor für solche Fälle, wo durch illegalen Handel ernste Störungen in der Versorgungslage hervorgerufen werden und Leben in Gefahr kommt.
- Zurückziehung der britischen Truppen aus Irak fordert die Zeitung Al-Vatan, das Organ der irakischen Volkspartei.
- Die Evakuierung britischer Zivilpersonen aus Palästina ist beendet. Insgesamt verließen 1396 Familien das Land.

Deutschland RUNDSCHAU

- Der Geldgeber Hitlers, der Großindustrielle Fritz Thyssen, ist entgegen den Meldungen, die von seiner Freilassung berichteten, noch in Haft. Es soll aber gegen ihn kein Verfahren eingeleitet werden.
- Der Weltgewerkschaftsbund nimmt deutsche Gewerkschaften auf, sagte Louis Sallant, der Generalsekretär des Weltgewerkschaftsbundes, und zwar noch vor Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Deutschland. Die Aufnahme der deutschen Gewerkschaften kann aber nur als einheitliche Organisation für ganz Deutschland erfolgen.
- Tausende amerikanische und englische Geschäftsleute haben nach einem Artikel in der „Prawda“ für die Rolle ausländischen Kapitals der deutschen Wirtschaft, Westdeutschland auf der Suche nach einem vorteilhaften „Business“ überflutet.
- Die Stahlherzeugung in der britischen Zone beträgt z. Zt. nur rund 20 Prozent der vom Kontrollrat zugestandenen Höchstquote.

Gemeinsamer Block gegen Faschismus in Viernheim

Gedenktage DER WOCHE

Am 1. Februar fand in Viernheim die bisher größte Versammlung seit dem Zusammenbruch des Hitlerregimes statt. Die „Freischütz“-Säle waren überfüllt, viele mußten umkehren.

Die Versammlung war von den örtlichen drei Parteien, der CDU, der SPD und der KPD, zusammen mit dem Ortskartell der Gewerkschaften, einberufen worden und behandelte das Thema:

„Was ist mit dem Spruchkammerverfahren gegen Steinmann?“

Steinmann ist der örtliche Polizeichef, der trotz stärkster politischer Belastung noch im Amt ist. Es wird ihm die Mißhandlung eines Polen vorgeworfen, die Duldung der

Mißhandlung eines abgeschossenen feindlichen Piloten

und eine enge Beteiligung an der Judenaktion. Daß er trotz dieser Belastungen noch im Amt ist, ist darauf zurückzuführen, daß er von der Besatzungsmacht zwar zuerst abgesetzt, aber dann wieder, wohl weil der Militärregierung seine Belastung nicht bekannt war, in sein Amt eingesetzt wurde.

In seinem Spruchkammerverfahren trat er denn auch entsprechend auf und versuchte, die Belastungszeugen durch aufgebotene Entlastungszeugen in persönlicher krimineller oder familiärer Art zu diffamieren, um die Glaubwürdigkeit dieser Belastungszeugen zu erschüttern. Gegen den Hauptbelastungszeugen einen Gemeindebeamten, der als einziger nicht der NSDAP beigetreten war und unter Eid die Mißhandlung eines Polen bestätigte,

bot Steinmann enamalige Gestapobeamte und SS-Leute auf und ließ durch seinen Verteidiger den Antrag stellen, den Hauptbelastungszeugen auf seinen geistigen Gesundheitszustand zu untersuchen. Die Kammer gab diesem ungeheuerlichen Antrag statt und vertagte die Verhandlung!!!

Die Viernheimer politischen Parteien, zusammen mit der Gewerkschaft, haben sich daraufhin in einer bis dahin nicht gekannten spontanen Einmütigkeit zusammengefunden und in einer öffentlichen Versammlung, die die Atmosphäre eines geschlossenen demokratischen, antifaschistischen Blockes atmete, der Viernheimer Bevölkerung diese Vorkommnisse unterbreitet.

Die Versammlung — etwa 1000 Menschen — nahm am Schluß einstimmig eine Resolution an, in der sie voller Empörung die Methoden der Spruchkammer scharfsteins verurteilte, belastete Gestapobeamte als Entlastungszeugen anzunehmen und die Glaubwürdigkeit bewährter Antifaschisten zu bezweifeln

Das demokratische Viernheim hat damit bewiesen, daß es für seinen Teil gewillt ist, unter die Vergangenheit einen Strich zu ziehen und es hat erkannt daß im Hinblick auf die kommenden Friedensverhandlungen das Vertrauen der Besatzungsmächte in unserer ehrlichen Abkehr von dem Geschehenen unser einziges Plus und zumindest für die nächsten Jahre das einzige Kapital unseres Volkes sein wird.

W. Mandel, Viernheim.

- 21. 2.: 1919 Ministerpräsident Kurt Eisner in München von Graf Arco ermordet.
- 1848 Kommunistisches Manifest in London erschienen
- 1677 Baruch Spinoza, Philosoph, in Amsterdam gest.
- 22. 2.: 1857 Heinrich Hertz, Physiker, geb.
- 1848 Beginn der Februarrevolution. Frankreich wird Republik
- 1840 August Bebel in Köln geb.
- 1810 Chopin geb.
- 23. 2.: 1918 Dekret über Schaffung der Roten Armee in Sowjetrußland
- 24. 2.: 1943 Fünf Mannheimer Antifaschisten. Bruno Riffer, Albert Fritz, Ludwig Neuschwander, Richard Jazek, Henriette Wagner in Stuttgart hingerichtet
- 26. 2.: 1808 Honoré Daumier geb.
- 1463 Gutenberg gest.

So sieht die Wiedergutmachung aus

Am 4. April 1946 erließ das Landesfinanzamt Karlsruhe u. a. auch an den Bezirkszollkommissar Mannheim folgende Verfügung:

Landesfinanzamt Baden Karlsruhe, 4. 4. 1946 in Karlsruhe P 1440 — P 1a

Betrifft: Beförderung von Beamten im Wege der Wiedergutmachung

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, in denen Anträge auf Beförderung von Beamten im Wege der Wiedergutmachung vorgelegt werden.

Ich mache darauf aufmerksam, daß die Frage der Wiedergutmachung von Schäden, die Beamte, Angestellte und Arbeiter unter der Herrschaft des Nationalsozialismus erlitten haben, vom Staatsministerium Stuttgart vorläufig zurückgestellt worden ist. Nur in ganz besonders krassen Fällen darf Anträgen auf Wiedergutmachung vor Erlaß einer Entscheidung des Staatsministeriums stattgegeben werden.

Es ist deshalb von der Vorlage von Anträgen auf Beförderung im Wege der Wiedergutmachung zunächst abzusehen. Die bereits vorliegenden Anträge können aus dem oben angeführten Grund nicht bearbeitet werden.

Soweit erforderlich, sind die in Betracht kommenden Beamten von dieser Regelung zu verständigen. gez. Dr. Amend

Dem Herrn Präsidenten Dr. Amend dürfte die Weiterleitung dieser Verfügung wohl besondere Freude bereiten haben; herrscht doch gerade in den ihm unterstellten Ämtern unter den wenigen überhaupt vorhandenen Antifaschisten helle Empörung über die Personalpolitik dieses Herrn. Nicht nur daß jedem suspendierten Nazi sein Pöstchen freigehalten wird; nahezu allmorgendlich kann festgestellt werden, wie die schon im Amt und Würden befindlichen Nazis ihre soeben „Rehabilitierten“ und wiedereingestellten Herren Kollegen beglückwünschend begrüßen.

Ein Schulbeispiel stellt das des Oberzollinspektors Eisemann in Karlsruhe dar. Dieser ein fanatischer Nazi, wurde 1939 als Offizier eingezogen und nach kurzer Zeit unter Würdigung seiner „politischen Zuverlässigkeit“ zum NS-Führungsoffizier beim Standort Karlsruhe befördert. Als solcher hielt er zahlreiche politische „Schulungskurse“ ab; als seine Herren Offizierskameraden — von seinen Sprüchen angeedelt — sich immer häufiger von diesen Bekehrungsstunden drückten, fürte er Anwesenheitslisten ein. Als aber auch diese ihre Wirkung verrieten, entbißete sich Eisemann nicht, die Offiziere

wegen mangelndem politischem Interesse mit Inhaftierung zu bedrohen. In einem Falle ging er sogar soweit, seinen Kameraden anzukündigen, „er lege ihnen eine Tracht Prügel verpassen“, wenn sie ihre laue Haltung zur Politik „unseres Führers“ nicht aufgaben. Kein Wunder, daß Eisemanns forsche Haltung „oben“ gebührend gewürdigt wurde; er bekam die Beförderung zum NS-Führungsoffizier für den gesamten Wehrkreis IV, Generalkommando Stuttgart, zugestellt. Für die bis zu diesem Tage von ihm drangsaliierten Offiziere bedeutete diese Beförderung Eisemanns eine Erlösung vom wütesten Terror; ihre Freude wurde keineswegs getrübt durch den Umstand, daß nun in Zukunft die Herren in den hohen Stäben von Eisemann bespitzelt und verkauft wurden.

Wer aber beschreibt ihre Wut, als sie eines Tages hören mußten, daß ihr alter Quälgeist als ob nichts gewesen wäre beim Oberfinanzpräsidenten in Karlsruhe als Obersteuerinspektor fröhliche Urständ feierte und — als Gastling des Herrn CDU-Amend — mit einer baldigen Beförderung rechnete. In Anerkennung seiner um die Landesverteidigung“ erworbenen Verdienste! So sieht die Wiedergutmachung aus: Anstatt bewährte Antifaschisten, werden reaktionäre Militaristen von CDU-Gnaden eingesetzt!

Wir hören auf Radio Stuttgart den Vorsitzenden der KPD Nordbaden Willi Boepple, M. d. L. am 24. Februar, 19.30 Uhr über die Nebenstelle Heideberg

Geschwister Scholl

Studentendemonstration in München 1943

Am Morgen des 16. Februar 1943 erschienen an den Münchener Hauswänden große Inschriften in roter Farbe „Nieder mit Hitler! Es lebe die Freiheit!“

Fieberhaft arbeitete die Gestapo, um die Täter ausfindig zu machen. Die Täter waren Münchener Studenten und Studentinnen!

Während die Gestapo handelte, bereiteten sie ein Flugblatt vor, das illegal in 50 000 Exemplaren gedruckt wurde.

Am 19. Februar fielen Hunderte von Flugblättern von der Empore der Aula der Münchener Universität in das dichtgedrängte Auditorium.

Es war am Tage der Tragödie von Stalingrad!

Hatte die Nachricht dieses grauenvollen Dramas, dieses Todesganges wertvollster Kräfte der deutschen Jugend, zunächst alles, auch die Münchener Studenten gelähmt, so brach dann aber die offene Empörung aus. Ein einziger Schrei, — eine einzige Anklage gegen die Verdrerber unseres Volkes, unserer Jugend, war dieses Flugblatt, geschrieben in nüchternen Arbeit von den Geschwister Scholl und ihren Freunden. Der Universitätspedell Schmid wurde zum Verräter; er informierte die Gestapo.

Hans und Sophie Scholl und der Maler Schmorell, gleichfalls Mitglied dieses Kreises, wurden verhaftet.

Der eigens aus Berlin herbeigerufene „Volksgerichtshof“ verurteilte sie zum Tode.

Soll das Opfer dieser jungen Helden umsonst gewesen sein?

Niemals! — Hans und Sophie Scholl sollen in uns weiterleben und uns für alle Zeiten ein leuchtendes Beispiel sein in unserem Kampf gegen Faschismus und Militarismus und für den Wiederaufbau unseres neuen Deutschlands. O. Fr. Walter.

Um den § 218

Es wird im gesamten Strafgesetzbuch kaum einen Paragraphen geben, der soviel Leid über die betroffenen Frauen gebracht hat und bringt und gegen den soviel verstoßen wurde und wird, wie der § 218.

Dieser Paragraph wurde unter ganz anderen Verhältnissen und Voraussetzungen geschaffen als sie heute gegeben sind. Es ist endlich an der Zeit, nicht nur von Gleichberechtigung der Frau zu sprechen, sondern sie in die Tat umzusetzen. Eine der wichtigsten Forderungen der Frauen ist die Aufhebung dieser unhaltbaren Bestimmungen.

Die Natur hat die Frau mit dem Vorrecht ausgestattet, für die Fortpflanzung des Menschengeschlechts zu sorgen. Es sind wenige Frauen, die aus leichtfertigen und egoistischen Motiven heraus keine Kinder gebären wollen. Die Ursachen für das Bestreben, keine Kinder gebären zu wollen, sind die sozialen Verhältnisse. Wie sieht es heute mit diesen Verhältnissen nach dem Zusammenbruch des tausendjährigen Hitlerreiches aus? Millionen sind in völlig ungenügenden Wohnräumen zusammengepfercht. Es sind nicht einmal genug Lebensmittel und Kleidungsstücke für die noch einmal „dovongekommenen“ Lebenden da, um was für weniger für die noch Ungeborenen. Es sind für Säuglinge und Kleinkinder die täglich benötigten Windeln kaum, Watte und Körperpuder und Wunsch aber nur in beschränktem Umfang erhältlich. Die Frauen sind ausgeemgelt und unterernährt und es ist sehr in Frage gestellt, ob sie in der Lage sein werden, gesunden Kindern das Leben zu schenken. Und das Volk braucht doch gesunde Kinder!

Trotz der Strafbestimmungen wird gegen den § 218 verstoßen. Wirtschaftliche und soziale Not treibt die Mehrzahl der Frauen dazu. Da den Ärzten die Hände gebunden sind, begeben sich die Frauen zu Kurfuschern. Die Folge davon ist Krankheit und Siechtum und oft müssen es die Frauen mit ihrem Leben bezahlen. Hätten wir gesunde wirtschaftliche Verhältnisse, dann würden die meisten Frauen nicht nur ein Kind, sondern mehrere haben wollen.

Die heutigen Lebensverhältnisse fordern dringend eine neue gesetzliche Regelung. In der Ostzone wurde bereits durch die Zentralverwaltung für das Gesundheitswesen die Schwangerschaftsunterbrechung aus sozialen Gründen unter bestimmten Bedingungen zugelassen.

Die SED hat einen Verordnungsentwurf ausgearbeitet, nach dem eine Schwangerschaftsunterbrechung straffrei bleiben soll, wenn der Eingriff die Abwendung einer ersten Gefahr für Leben und Gesundheit der Schwangeren bewirkt oder wenn die sozialen Verhältnisse der Frau oder ihrer Familie beim Austragen des Kindes eine Gefährdung für Mutter und Kind erwarten lassen.

Schwangerschaftsunterbrechungen, die außerhalb dieses Rahmens vorgenommen werden, sollen mit Gefängnis und im Falle von gewerksmäßiger Abtreibung mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bestraft werden.

Die Frauen erwarten, daß auch bei uns im Westen Deutschlands die unheilvollen gesetzlichen Bestimmungen, die Leben und Gesundheit vieler Frauen auf das schwerste gefährden, ersetzt werden durch neue gesetzliche Vorschriften, wie sie die SED in ihrem Entwurf ausgearbeitet hat.

Luise Schmitt.

Gedankenlosigkeit oder Absicht?

Dieser Tage wurde an die Schulkinder in Leutershausen

ein Rechenbuch verteilt, aus dessen Inhalt wir kurz nachstehende Kostproben veröffentlichen:

„66 Pimpfe und 33 Hitlerjungen sind zum Festzug angetreten. Ferner beteiligen sich 75 Jungmädels und 32 BDM-Mädels.“

„Als im September 1937 der Duce unseren Führer in Berlin besuchte, brachte der deutsche Rundfunk die Reden der beiden Staatsmänner der ganzen Welt zu Gehör. Die Festsendung begann um 18.35 Uhr und endete um 20.25 Uhr. Wer kann ausrechnen, wieviel Stunden und Minuten sie dauerte?“

„Die Straßen des Führers: Hierüber verschiedene Rechnungen.“

„Marschierende Kolonnen:

1782 SA-Männer beteiligen sich an einem Aufmarsch. Wieviel Reihen sind es, wenn in Sechserreihen marschiert wird.

Eine Marscheinheit der HJ legte auf dem Marsch nach Nürnberg insgesamt 1924 km zurück. a) Die Stundenleistung betrug 4 km. b) An einem Tag wurde durchschnittlich 4 Stunden marschiert.

4140 Politische Leiter treten in Sechserreihen an.“

Und dies alles eineinhalb Jahre nach dem Zusammenbruch des glorreichen dritten Reiches und nachdem bereits viele Monate entnazifiziert wurde. Hier ist es notwendig, daß mit eisernem Bissen das nazistische Gift samt den Giftmischern aus unserem Schulwesen ausgefegt wird. Hoffentlich greifen die verantwortlichen Behörden zu. Den Eltern aber rufen wir zu: Seid wachsam! Laßt es nicht zu, daß eure Jugend wieder vergiftet wird wie ehemals im dritten Reich seligen Angedenkens.

Unter der Lupe

Mannheim

Vor einiger Zeit hatten wir das hiesige staatliche Gesundheitsamt in Sachen der Kinderspeisung um eine Auskunft gebeten. Wie das Amt seinerzeit der Schulbehörde mitteilte, sei es nur

seinen vorgesetzten Dienstbehörden

zur Auskunft verpflichtet. Wir haben schon damals die selbstherrlichen Methoden des Gesundheitsamtes abgelehnt und freuen uns, daß auch der Präsident des Landesbezirks Baden in Karlsruhe unsere Ansicht teilt, da er sich ebenfalls auf den Standpunkt stellt, daß Gegenstände, die ihrer Natur nach eine Geheimhaltung nicht zwingend machen, der Presse mitgeteilt werden können.

Wir hoffen, daß das Gesundheitsamt Mannheim sich nun langsam daran gewöhnt, daß die Öffentlichkeit, vertreten durch ihre Presse,

ein Recht darauf hat,

in allgemeinen Fragen, wie es seinerzeit die Kinderspeisung betraf, Aufklärung zu verlangen.

Wohin die Unanständigkeit und die Geheimniskrämerie führten, dürfte wohl am besten der zur Zeit laufende Arztprozess in Nürnberg zeigen, dessen erschütterndes Ergebnis vielleicht auch schon zu Ohren des Gesundheitsamtes Mannheim gekommen sein dürfte.

Neckarbischofsheim

Ernährungssaboteur verschiebt täglich 30 Ltr. Milch.
In den Monaten April bis November 1946 wurden von den 7 Kühen des

Land- und Gastwirts Ludwig Metzger

täglich rund 40 Ltr. Milch ermilken, so daß also im Monat 1200 Ltr. nachweisbar zur Verfügung ständen. Seine Ablieferung erreichte monatlich 180-225 Ltr. Wenn man in großzügiger Weise einen Eigenverbrauch von 4-5 Ltr. zugesteht, so ergibt sich immerhin noch die stattliche tägliche Summe von 30 Ltr. Vollmilch, die der Ernährung entzogen wurden. Damit jedoch nicht genug, hat nachweisbar Metzger diese Milch verbuttert; außerdem entrahmte er die zur Ablieferung kommende Milch in den Sommermonaten täglich zweimal und im Winter einmal. Bei der am 7. Februar stattgefundenen polizeilichen Kontrolle wurden eine Zentrifuge, eine 5-Ltr.-Handglasbuttermaschine und die gerade abgerahmte Sahne beschlagnahmt.

Da der Mensch nicht nur allein von Milch und Butter lebt, wurden von ihm außerdem im Dezember und Januar eine Sau von 4½ Ztr., eine solche von 3 Ztr. und ein Rind geschlachtet.

Wie in fast allen Fällen, erhebt sich auch wieder die Frage, wieso es möglich ist, daß ein solcher Ernährungssaboteur lange Monate hindurch sein Unwesen treiben konnte, ohne daß die zuständigen Ernährungsämter, Milchkontrollstellen und an ihrer Spitze das Landesernährungsamt eingriffen.

Auch hier scheinen die

„unenitbehrlichen Fachkräfte“

gründlich versagt zu haben.

Wir fordern die sofortige strengste Bestrafung dieses Volksschädigers und endlich Maßnahmen, die geeignet sind, die in gleicher Form Mitschuldigen in den Aufsichtsbehörden zur Verantwortung zu ziehen.

Königshofen

Schon öfters erhielten wir Klagen über das recht eigenartige Benehmen des

Rechtsanwalts Adolf Frank,

der allgemein dafür bekannt ist, daß er sich für verurteilte oder noch zu verurteilende Faschisten in einer weit über den Rahmen der üblichen Verteidigerpraxis hinausgehenden Weise betätigt. So setzte er sich auch jetzt wieder für den ehemaligen SA-Obersturmführer

Otto Schuhmacher, Königshofen

ein, der als einer der Hauptverantwortlichen für die Zerstörung des Dorfes Königshofen verantwortlich ist. Mit Hilfe des Rechtsanwalts Frank läßt Schuhmacher von Opfern der nazistischen Wahnsinnsideologie Betten heraushehlen, ohne zu berücksichtigen, daß gerade sein Mandant es war, der mithilfe dieser Menschen in die jetzige Notlage hineinzuführen.

Es scheint uns, als ob zwischen dem Benehmen von Herrn Frank und dem seines Kollegen, Rechtsanwalt Freiherr v. Fritsch, in Mosbach anlässlich der Verhandlung des CDU-Bürgermeisters Steck in Strümpfelbrunn, kein großer Unterschied ist.

Walldürn

Aus zahlreichen Leserzuschriften entnehmen wir folgendes: Die Baracken am Sportplatz Walldürn sind mit 24 Familien Ostflüchtlingen belegt, von denen man nun eine Mietnachsatzzahlung von 15 Mk. monatlich rückwirkend ab Oktober 1946 verlangt. Ebenso sollen nun die Bewohner der Gemeindebauten mit ganz erheblichen Mietsteigerungen bedacht werden und zwar belaufen sich diese Beträge bis zu rund 14 Mk. im Monat. Ganz abgesehen von der Preisstopverordnung begreift die Bevölkerung nicht, warum z. B. die gutausgebauten Baracken auf dem alten Friedhof leer stehen, während die Armlen der Armen mit 5-6 Köpfen in einem Zimmer hausen. Verständlich wird jedoch dies erst, wenn man weiß, daß diese leerstehenden Baracken den frommen Paters gehören.

Dossenheim

Wie wir erfahren, wurden bei der Kartenstelle in der 27. und 28. Kartenperiode je 110 Stück Lebensmittelscheine entwendet. Sofort eingeleitete Untersuchungen ergaben, daß ein Einbruch nicht vorlag. Wohin kamen also diese Karten?

Die interessierte Öffentlichkeit erwartet in Kürze eine aufklärende Antwort seitens der zuständigen Staatsanwaltschaft. Vielleicht können auch die heute nach aus dem Dritten Reich in Dossenheim führend amtierenden „Fachkräfte“ Auskunft geben.

Baron Freiherr von Göler wird Selbstversorger

Der Ort Schatthausen bei Wiesloch darf sich glücklich schätzen, unter seinen Gebäuden ein wirkliches Schloß, zu dem einstmal ein namhafter Teil des zur Gemarkung gehörenden Bodens zählte und unter seinen rund 1000 Einwohnern einen richtigen Freiherrn zu besitzen.

Das beim Schloß verbliebene Eigenland war, bis zu einem geringen Teile, der den Freiherrn auf der bescheidenen Höhe eines Teilselbstversorgers zu halten vermochte, an Bauern in Pacht gegeben, wobei sich folgende Praxis herausgebildet hatte: Waren die Aecker durch schlechte Bewirtschaftung ertragsarm geworden, so wurden dieselben in meist vergrastem Zustande an fleißige Kleinbauern in Pacht gegeben, um wieder von dem Gutsherrn an sich gezogen zu werden, sobald sie wieder durch Bauernfleiß einigermaßen in Stand gesetzt waren und annehmbare Erträge in Aussicht stellten.

Das völlige Versagen auf dem Gebiete der Landwirtschaft sparte dem Freiherrn das Urteil über seine Bauernfähigkeit. Die Folge dieses Urteils aber nahm der Herr Baron nicht tragisch, zumal seit den dreißiger Jahren anderweitige Betätigungsfelder sich in Fülle darboten, auf denen für ihn annehmbare Ernten zu gewärtigen waren. Sein Weg führte ihn in führende Stellen vom Stahlhelm über die Reiter-SS, weiter zum freiwilligen Aktiven in der Wehrmacht.

Neuerdings hat der Herr Baron, da Berufssoldatentum ihm nunmehr wenig interessant erscheint, sich entschlossen, wieder der Scholle treu zu werden. Landwirtschaft ist heute das einzige Wahre — man hat genügend Achtung für Mensch und Vieh, kann nebenbei ein bißchen Verwandtschaft betreiben und überhaupt

Kurzum: Er zieht vergangenen Herbst einen Teil der verpachteten Ländereien wieder an sich und erklärt sich zum Selbstversorger. Zwar ist eine Selbstversorgung aus eigenen Mitteln ausgeschlossen und bis zur Ernte ist es noch weit

Aber für wen liefern denn die Bauern in Schatthausen ihr Korn ab? Der Herr Baron stellte einen entsprechenden Antrag auf Hilfe und erhielt angeblich durch den Ortsbeauftragten 8 Doppelzentner Weizen zugeteilt; Weizen, den er nicht angebaut und dessen Ernte ihn keinen Tropfen Schweiß gekostet, der aber die Schloßküche für lange Zeit in die angenehme Lage versetzt, den Herrschaften mit weißem Brot und Kuchen aufzuwarten.

Für das Gebahren des Barons, nach so vielen Mißerfolgen sich erneut als Landwirt etablieren zu wollen, obgleich die Voraussetzungen dazu sowohl in parteilicher als auch in politischer Beziehung durchaus nicht gegeben sind, vermag die Bevölkerung keinerlei Verständnis aufzubringen.

Sie kann weiterhin nicht verstehen, wie eine Behörde jemanden zum Selbstversorger erklären kann, ohne daß der Betroffene vorher nichts selber geschaffen hat und er überhaupt nicht in der Lage ist, sich selber zu ernähren.

Auch hier zeigt sich wieder, daß die Junker und Großgrundbesitzer nicht daran denken, selbst zu arbeiten, sondern sich durch andere Selbstversorger mitversorgen lassen. Was im vorliegenden Falle dieser Freiherr selber für die Ernährung unseres Volkes zu leisten gewillt ist, bleibt abzuwarten. Im Hinblick auf die mageren Ergebnisse in der Vergangenheit, dürften große Hoffnungen für die Zukunft wenig Berechtigung finden.

Bodenreform tut not!

Kleinbauern und Flüchtlinge fordern Land

In der Gemeinde Rippenweiler im Odenwald hat die Frank'sche Gutsverwaltung aus Mannheim-Strassenheim ein Bauerngut gepachtet. Die Pächterin benutzt den Ackerboden als Viehweide. Die Flüchtlinge in Rippenweiler dagegen besitzen nicht einmal ein Stück Gartenland, um sich ein paar Kartoffeln oder Gemüse zu bauen und die Kleinbauern dieses Dorfes sind gezwungen, mit wenigen ar zu wirtschaften. Der Gemeinderat hat Stellung genommen und ein Schreiben an den Landrat gerichtet, in dem folgendes beantragt wird:

1. 60 ar Gelände von dem betr. Bauerngut sollen an 30 Neubürger verpachtet werden.

2. Das restliche Gelände soll an Rippenweiler Kleinlandwirte verpachtet werden.

„Die Gemeindeverwaltung hält es nicht für vertretbar, das gute Gelände als Viehweide zu benützen, wo in jetziger Zeit Gelände zu Brotfrucht-, Kartoffel- und Gemüseanbau so sehr benötigt wird.“

Die Frank'sche Gutsverwaltung besitzt in Strassenheim einen großen Gutshof und mit Recht sind die Bauern und Neubürger von Rippenweiler empört darüber, daß diese Gutsverwaltung ihnen das dringend benötigte Gelände wegnimmt. Mit Recht weisen sie auch darauf hin, daß das landwirt-

schäftlich nutzbare Gelände in erster Linie für Kartoffel- und Brotfruchtanbau genutzt werden muß, und das kann nur geschehen, wenn es an Kleinbauern und Neubürger gegeben wird, die durch intensive Bewirtschaftung das größtmögliche aus dem Boden herauszuholen in der Lage sind. Die Kleinbauern und Neubürger sind auf dieses Land angewiesen, weil sie es zur Ernährung ihrer Familien dringend gebrauchen.

Nicht nur in Rippenweiler, sondern im ganzen vorderen und hinteren Odenwald herrscht große Landnot. Die Bauern besitzen teilweise 2-3 ha Ackerland, in den meisten Fällen jedoch weit weniger. Andererseits sind, besonders im vorderen Odenwald, viele Bauerngüter von wohlhabenden Leuten — Direktoren, Aufsichtsräten, Betriebsinhabern usw. — aufgekauft worden. Diese haben sich vielfach kleine Villen dort gebaut und mit allem Komfort eingerichtet. Aus dem guten Ackerboden aber wurden Viehweiden gemacht und so einer intensiven Bodennutzung entzogen.

Die Bevölkerung des Odenwaldes findet diese Verhältnisse nicht länger tragbar und fordert im Rahmen einer demokratischen Bodenreform Zuteilung des Landes an Kleinbauern, Landarbeiter und Neubürger.

Pforzheim

Wie wir erfahren, wurde der Denunziant

Häcker,

nachdem er von der Spruchkammer zu vier Jahren Arbeitslager verurteilt war, gegen Stellung einer Kaution von 500,- RM von derselben Spruchkammer wieder auf freien Fuß gesetzt. Er brüstet sich damit, daß man solche Freilassungsanträge nur immer wiederholen müsse. Ihre Verlängerung sei dann keineswegs in Frage gestellt.

Wir protestieren ganz energisch gegen solche Methoden der Spruchkammer und verlangen die sofortige Inhaftierung, zumal durch die Denunzierung des Häcker der Antifaschist Giebler im KZ Buchenwald sein Leben lassen mußte. Heute stellt der Denunziant das im Dritten Reich verdiente Geld als Kaution, um die auf sich geladene Schuld abzuwaschen.

Was sagt überdies der Minister für politische Befreiung zu einem solchen skandalösen Verhalten des zuständigen Spruchkammervorsitzenden?

Schatthausen

Zur Einrichtung einer Strickerlei sollte bis 31. Januar 1947 der Saal Sandritter von Ostflüchtlingen geräumt werden. Es ist verständlich, daß die Unterbringung dieser vom Schicksal hart geschlagenen Menschen der Wohnungskommission erhebliches Kopfzerbrechen bereitet. Vielleicht jedoch bringen unsere Hinweise die Räumung etwas schneller zum Zuge.

Wie wäre es, wenn man die Flüchtlinge beim Herrn Baron von Göler, der in seinem Schloß noch immer über 3-4 Zimmer verfügen soll, oder bei Herrn Stupp, der als alleinstehender Mann über zwei große Zimmer und Küche verfügt, unterbringen würde?

Dielheim

Für die bei der Gemeinde zu besetzenden beiden Schreibstellen meldeten sich zwei Kriegsschädigte, ein Flüchtlingmädchen und die Tochter eines Baumaterialienhändlers, von dem die Öffentlichkeit er-

zählt, daß er der ungekrönte Bürgermeister sei. Man hätte annehmen sollen, daß bei gleichen Fähigkeiten in erster Linie die Kriegsbeschädigten oder das Flüchtlingmädchen in Frage kommen. Dem war leider nicht so. Es wurde nur ein Kriegsschädigter und — die Tochter der Baumaterialienhändlers angestellt. Anscheinend reichte die „christlichsoziale“ Haltung der Verantwortlichen nicht weiter als zu einem Lippenbekenntnis.

Luda

Es ist immer ein großer Vorteil, im Dritten Reich fanatischer Nazianhänger gewesen zu sein, ergeben sich doch aus diesen Belastungen heute Vorteile, die gar nicht hoch genug von den Antifaschisten gewürdigt werden können. Da ist z. B. in Luda ein gewisser Herr

E. Mahler.

Im Dritten Reich Nazibürgermeister, heute Besitzer eines ansehnlichen Weinkellers, aus dem, wie es sich für einen ehemals Nazigläubigen, heute CDU-Gläubigen geziemt, regelmäßig der Maßwein geliefert wird. Besitzer einer 4-Zimmerwohnung (natürlich nur er mit seiner Frau allein), durch des Geschickes Gnaden Bruder des Besitzers eines über 20 ha großen Bauernanwesens; Dies sind in großen Zügen die „ärmlichen“ Verhältnisse eines ehemaligen Nazianhängers. Daß ein solcher, vom Schicksal „Schwergetroffener“ seine Lebensmittelkarten ins Haus gebracht bekommt, ist wohl selbstverständlich.

Auch hier scheint die von der CDU allein gepachtete Nächstenliebe noch keine großen Früchte gezeitigt zu haben, wäre es doch zu erwarten gewesen, daß man mindestens auch den Herrn Maßweinflieferanten bei der Unterbringung von Flüchtlingen berücksichtigt hätte.

Herausgegeben von der Landesbezirksleitung Baden der KPD, Mannheim, S. 3, 10 Verantwortlich: Kurt W. Weber, Mannheim, S. 3, 10. Tel. Nr. 43269 Auflage: 50000. Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R. L. Authorized by Military Government for Württemberg and Baden, Stuttgart, Fr. 10, 4, 46.